

"Nicht unisono gegen Zeitarbeit"

25.08.2010

WAZ-Interview mit den [DGB](#)-Kreisvorsitzenden Ralf Köpke und Michael Rittberger

Der [DGB](#) Krefeld und der DGB im Kreis Wesel haben das Arbeitsmarktrisiko von [Leiharbeitskräften](#) am Niederrhein untersucht. Danach haben die Verleiher im vergangenen Jahr massiv Arbeitsplätze abgebaut.



Rund 23 Prozent der Arbeitsplätze in Krefeld, rund 17 % im Kreis Wesel gingen in der Branche in zwölf Monaten verloren, in der Wirtschaft der Region waren's im gleichen Zeitraum hingegen nur 2,1 Prozent, bzw. nur 0,6 % im Weseler Kreisgebiet der sozialversicherten Jobs. Die Niederrhein-Redaktion befragte die [DGB](#)-Kreisvorsitzenden Ralf Köpke (Krefeld) und Michael Rittberger (Wesel) nach den Hintergründen.

Hatten die [Leiharbeitsfirmen](#) besonders unter der Krise zu leiden?

Ralf Köpke: Die Frage ist nicht primär, ob die Leiharbeitsfirmen zu leiden hatten, sondern die beschäftigten Leiharbeiter der Unternehmen in der Region. Nimmt man die beiden Regionen zusammen, waren es mehr als 3000 Menschen, die sich im Jahre 2009 aus der Leiharbeit arbeitslos melden mussten, knapp 1000 davon sind direkt in das [Hartz](#) IV-System gefallen.

Michael Rittberger: Das tatsächliche Entlassungsrisiko der Leiharbeitskräfte ist sogar noch weit größer. Großteils sind die Arbeitsverhältnisse nur auf einige Monate befristet, so dass oftmals instabile Erwerbsbiografien mit wiederkehrenden Phasen der Arbeitslosigkeit drohen. (...)

[Kurzarbeit](#) und Qualifizierung gelten auch für die Leiharbeitsbranche. Wird dies wahrgenommen?

Ralf Köpke: Zwischenzeitlich boomt die Leiharbeit zwar wieder, doch entlassene Leiharbeitskräfte haben offensichtlich nur geringe Wiedereinstellungschancen. Etwa ein Drittel aller bei der Arbeitsagentur gemeldeten offenen Stellen entfallen auf die Leiharbeit. Doch die Fördermöglichkeiten der Agentur zur Qualifizierung vormaliger Leiharbeitskräfte wird von den Verleihern überhaupt nicht genutzt. Von den bereitstehenden Fördermitteln haben die Verleiher zur Qualifizierung in der Leiharbeit lediglich in drei Fällen mit einem Volumen von 20 000,- Euro im ersten Halbjahr 2010 genutzt. In Wesel sind überhaupt keine Mittel in diesem Bereich geflossen.

Michael Rittberger: Wir kritisieren, dass die Verleiher ihr eigenes personalpolitisches Risiko schnell bei den Leiharbeitskräften und der Solidargemeinschaft abladen, statt die Arbeitsverhältnisse durch Weiterbildung zu stabilisieren und bestehende Fördermöglichkeiten hierzu nicht einmal nutzen.

Nun scheint's, als wäre zumindest in den exportorientierten Branchen der Motor wieder angesprungen. Welche Auswirkungen hat das auf die Leiharbeit in der Region?

Rittberger: Wir beobachten in diesem Jahr ein Ansteigen der Leiharbeit. Besorgniserregend ist aus gewerkschaftlicher Sicht zugleich das hohe Verarmungsrisiko der Leiharbeitskräfte. Wesentliche Ursache dafür ist das im Vergleich zu allen Beschäftigten 25 bis 30 Prozent niedrigere Lohnniveau; im Helferbereich sogar rund 45 Prozent. (...)

Nach ihren Aussagen zu urteilen scheinen Sie Gegner des Systems Zeitarbeit/Leiharbeit zu sein. Wollen sie die Leiharbeit abschaffen?

Köpke: Wir sind nicht unisono gegen Zeitarbeit, aber wir wehren uns entschieden gegen die Praxis vieler Verleiher. Die rot-grüne Regierung unter Clement hat diese Entwicklung damals im Zuge der Agenda möglich gemacht. Alles sollte ja damals liberalisiert werden, verleihen in einem Betrieb bis zu zwei Jahre, unsägliche Niedriglohntarife so genannter christlicher Gewerkschaften, ungleiche Bezahlung etc. (...)

Aber ist nicht Zeitarbeit eine Chance für Geringqualifizierte, eine Brücke in den Arbeitsmarkt?

Rittberger und Köpke: Nach der letzten Untersuchung landen letztlich dauerhaft nur 7 % der Leiharbeiter in einem festen Beschäftigungsverhältnis, selbst arbeitgebernahe Studien gehen maximal von 30 % aus. Das sind keine ernsthaften Perspektiven und verfestigen den Stand im Niedriglohnsektor.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist im [Arbeitnehmerüberlassungsgesetz](#) festgeschrieben. Trotzdem wird dieser Grundsatz immer wieder unterlaufen. Woran liegt's?

Rittberger: Eindeutig an den gesetzlichen Schlupflöchern. Der Gesetzgeber ist dringend gefordert, die Schlupflöcher für Missbrauch und Lohndumping im Verleihgewerbe zu stopfen. Er muss endlich dafür Sorge tragen, dass Leiharbeitskräfte den gleichen Lohn erhalten wie die Stammbeschäftigten in den Unternehmen, in denen sie arbeiten. Dass in Deutschland unbegrenzt durch die Anwendung von [Tarif](#)verträgen von der Gleichbehandlung abgewichen werden kann, ist nach unserer Auffassung mit einer neuen [EU](#)-Richtlinie zur Leiharbeit nicht zu vereinbaren. (...)

Nun hat der sozialpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Heinrich Kolb, vor kurzem erklärt, seine Fraktion wolle, dass Zeitarbeitnehmer nach einer Einarbeitungszeit genauso bezahlt werden wie die dort fest angestellten Mitarbeiter. Entspricht das Ihren Forderungen?

Rittberger: Das ist zumindest einmal ein Fortschritt, wenngleich wir so unsere Zweifel haben, ob dies innerhalb der schwarz-gelben Koalition durchsetzbar sein wird. Es ist aber ein Schritt in eine positive Richtung, gerade von dieser Seite hätten wir das nicht unbedingt erwartet. Unsere Forderung bleibt aber unmissverständlich bestehen: Gleiche Arbeit -Gleiches Geld; und wir werden auch versuchen, dass auf allen Ebenen zu erkämpfen. In der nächsten Runde in der Stahlindustrie wird die IG-Metall damit in die Verhandlungsrunden gehen: Gleiche Bezahlung der Leiharbeitskräfte in der Stahlindustrie. (...) Das Gespräch führte Ulrich Wefers ([Der Westen](#), 25.08.'10)